

Deutscher Bundestag **Petitionen**

Suche [Hilfe](#) [Anmelden](#)

[Petition einreichen](#) [Petitions-Forum](#) [Service und Information](#) [Kontakt](#)

Startseite > Suche > Suchergebnis Petitionen [Zurück zur Suche](#)

**Suchergebnis Petitionen**

**Petitionen (3)** **Forenbeiträge (0)** **Bereich Service u. Information (0)**

Einträge pro Seite: 10

Petition	Petitions-Details
<a href="#">48867: Gesetzliche Krankenversicherung - Beiträge - - Keine Entrichtung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Kapitalauszahlungen von Direktversicherungen</a>	Erstellungsdatum: <b>24.01.2014</b> Hauptpetent: Rudolf Mühlbauer Mitzeichnungsfrist: 08.03.2014 Anzahl Mitzeichner: 7896 Anzahl Beiträge: 193 Status: in der Prüfung
<a href="#">25668: Unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr für Behinderte - Keine Erhöhung der Gebühren für die Freifahrtberechtigung</a>	Erstellungsdatum: <b>05.07.2012</b> Hauptpetent: Christian Mühlbauer Mitzeichnungsfrist: 10.08.2012 Anzahl Mitzeichner: 304 Anzahl Beiträge: 46 Status: abgeschlossen Votum: A9
<a href="#">18073: Hilfe für Behinderte - Neues Format für den Schwerbehindertenausweis</a>	Erstellungsdatum: <b>20.05.2011</b> Hauptpetent: Christian Mühlbauer Mitzeichnungsfrist: 12.07.2011 Anzahl Mitzeichner: 656 Anzahl Beiträge: 49 Status: abgeschlossen

**Suchergebnis verfeinern**

Sie suchten nach Mühlbauer

oder suchen Sie **nur** in den folgenden Bereichen:

ID-Nr. der Petition

Petitionstitel oder -text

Name des Hauptpetenten

Forenbeiträge

Bereich Service u. Information

**Status der Petition**

Alle

**Die Petition wurde erstellt**

von MM JJ

bis MM JJ

**Anzahl Mitzeichner**

vnn bis

Petition	Petitions-Details
<a href="#">48867: Gesetzliche Krankenversicherung - Beiträge - - Keine Entrichtung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Kapitalauszahlungen von Direktversicherungen</a>	Erstellungsdatum: <b>24.01.2014</b> Hauptpetent: Rudolf Mühlbauer Mitzeichnungsfrist: 08.03.2014 Anzahl Mitzeichner: 7896 Anzahl Beiträge: 193 Status: in der Prüfung


[Datei](#) [Bearbeiten](#) [Ansicht](#) [Chronik](#) [Lesezeichen](#) [Extras](#) [Hilfe](#)

[Ixquick Web Suchen](#) [Petitionen: Petition 48867](#)

[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2014\\_01\\_24/Petition\\_48867.nc.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014_01_24/Petition_48867.nc.html)

[Suche](#) [Anmelden](#)

[Meistbesucht](#) [Erste Schritte](#) [wikipedia.de - Wikipe...](#) [DuckDuckGo](#) [YouTube](#) [Google Bilder](#) [https://maps.google...](#) [ARTE+7](#) [ARTE](#)


Deutscher Bundestag
Petitionen

[Petition einreichen](#) [Petitions-Forum](#) [Service und Information](#) [Kontakt](#)

[Startseite](#) > [Petitions-Forum](#) > [Petition 48867](#)

## Petition 48867 → zurück zum Suchergebnis

**Gesetzliche Krankenversicherung - Beiträge -- Keine Entrichtung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Kapitalauszahlungen von Direktversicherungen vom 24.01.2014**

**Text der Petition**  
 Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass die Entrichtung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Kapitalauszahlungen von Direktversicherungen, wie sie durch das beschlossene GKV-Modernisierungsgesetzes ab 1. Januar 2004 eingeführt wurde, wieder außer Kraft gesetzt wird.

**Begründung**  
 Die ohne Vorwarnung und ohne Übergangsregelungen erfolgte Mehrbelastung vieler Rentnerinnen und Rentner durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Sie verstößt gegen das elementare Recht auf Vertrauensschutz. Das Gesetz schadet der Glaubwürdigkeit einer verlässlichen Politik und schafft eine Atmosphäre des Misstrauens. Bis 31. Dezember 2003 galt für Kapitalauszahlungen aus Direktversicherungen die Beitragsfreiheit. Ohne Übergangsregelung muss nunmehr verteilt auf zehn Jahre jeweils der volle Beitragssatz an die Kranken- und Pflegeversicherung entrichtet werden. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes ist für Verträge, die vor dem 1.1.2004 abgeschlossen waren, völlig ignoriert. Die Mehrbelastung für die Rentnerinnen und Rentner, die im guten Glauben den Appellen der Politik gefolgt sind und die empfohlene betriebliche Altersvorsorge betrieben haben, entspricht fast 18 Prozent des Kapitals. Dieser große Anteil der Altersvorsorge wird einfach den Rentnerinnen und Rentnern weg genommen und den Krankenkassen übertragen. Zumindest für die vor dem 1.1.2004 abgeschlossenen Direktversicherungsverträge hätte der Bestandsschutz gewahrt bleiben müssen. Einschnitte dieses Ausmaßes sind nur akzeptabel, wenn den Betroffenen die Kürzungen so rechtzeitig bekannt sind, dass ihnen ausreichend Zeit bleibt, entsprechende Vorsorge zu treffen. Für die Versicherten waren die beschlossenen erheblichen Einschnitte nicht vorhersehbar. Sie hatten daher keine Möglichkeit, einen entsprechenden Einkommensausgleich für ihr Alter zu schaffen. Eine verantwortungsbewusste Gesetzgebung ist hier nicht erkennbar. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes muss beachtet werden.

[kürzer](#)

**Detailübersicht**

**Id-Nr.**  
48867

**Download der Petition**  
als PDF-Datei

**Hauptpetent**  
--

**Erstellungsdatum**  
24.01.2014


**Status**  
in der Prüfung

**Mitzeichnungsfrist**  
06.02.2014 - 08.03.2014

**Mitzeichnungsverlauf**

**Anzahl Online-Mitzeichner**  
7896

**zeitlicher Verlauf**



# Petition 48867

## **Gesetzliche Krankenversicherung - Beiträge Keine Entrichtung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Kapitalauszahlungen von Direktversicherungen vom 24.01.2014**

### **Text der Petition**

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass die Entrichtung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen auf Kapitalauszahlungen von Direktversicherungen, wie sie durch das beschlossene GKV-Modernisierungsgesetzes ab 1. Januar 2004 eingeführt wurde, wieder außer Kraft gesetzt wird.

### **Begründung**

Die ohne Vorwarnung und ohne Übergangsregelungen erfolgte Mehrbelastung vieler Rentnerinnen und Rentner durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken.

Sie verstößt gegen das elementare Recht auf Vertrauensschutz. Das Gesetz schadet der Glaubwürdigkeit einer verlässlichen Politik und schafft eine Atmosphäre des Misstrauens. Bis 31. Dezember 2003 galt für Kapitalauszahlungen aus Direktversicherungen die Beitragsfreiheit. Ohne Übergangsregelung muss nunmehr verteilt auf zehn Jahre jeweils der volle Beitragssatz an die Kranken- und Pflegeversicherung entrichtet werden. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes ist für Verträge, die vor dem 1.1.2004 abgeschlossen waren, völlig ignoriert. Die Mehrbelastung für die Rentnerinnen und Rentner, die im guten Glauben den Appellen der Politik gefolgt sind und die empfohlene betriebliche Altersvorsorge betrieben haben, entspricht fast 18 Prozent des Kapitals. Dieser große Anteil der Altersvorsorge wird einfach den Rentnerinnen und Rentnern weg genommen und den Krankenkassen übertragen. Zumindest für die vor dem 1.1.2004 abgeschlossenen Direktversicherungsverträge hätte der Bestandsschutz gewahrt bleiben müssen. Einschnitte dieses Ausmaßes sind nur akzeptabel, wenn den Betroffenen die Kürzungen so rechtzeitig bekannt sind, dass ihnen ausreichend Zeit bleibt, entsprechende Vorsorge zu treffen. Für die Versicherten waren die beschlossenen erheblichen Einschnitte nicht vorhersehbar. Sie hatten daher keine Möglichkeit, einen entsprechenden Einkommensausgleich für ihr Alter zu schaffen.

Eine verantwortungsbewusste Gesetzgebung ist hier nicht erkennbar. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes muss beachtet werden.